

Regierung schadet. Es ist bekannt, daß neulich in der Leipziger Zeitung ein Vorfall in Dresden auf eine Weise beschönigt worden ist, die wahrhaft indignirt hat und die zu einer Parallele mit der Art und Weise führt, wie der berühmte D. Löwenstern in Hanau bei dem Proceß gegen die Mörder von Pichnowsky und Auerwald sich dahin ausgesprochen hat, dieses abscheuliche Ereigniß sei „eine ganz natürliche und einfache Wirkung der politischen Meinungsverschiedenheit.“ Aber ich finde nicht nur, daß in den politischen Artikeln und in den Nebenartikeln der Leipziger Zeitung der Wahrheit, dem Rechte, der Sittlichkeit die Ehre nicht immer gegeben wird, ich finde nicht bloß, daß in dem Beiblatt zu der Leipziger Zeitung unsere Kammerverhandlungen zerstückelt und durch diese Zerstückelung falsch dargestellt werden, sondern ich finde auch darin sehr oft subjective Urtheile eingemischt. Es scheint, als solle das Volk die Kammerverhandlungen bloß durch die Brille des Ministeriums kennen lernen, und ich erinnere mich, daß namentlich in der ersten Zeit, und wie es scheint auch in der letzten Zeit, häufig ganz unangemessene Bemerkungen eingeschlossen sind, wie z. B., daß dieser oder jener Abgeordnete „seinen überflüssigen Herzensergießungen Luft gemacht habe.“ Das ist, wie mir scheint, ein ganz unpassender Ton, in welchem das Regierungsblatt von den Kammern spricht, die Urtheile der Regierung über die Kammer und deren Mitglieder seien welche sie wollen.

Abg. Wigand: Meine Herren, in einem Lande, wo die freie Presse herrscht, muß Niemand so empfindlich sein, selbst wenn Entstellungen und Verstümmelungen über unsere Debatten gedruckt werden, Klage zu führen; aber ganz anders ist es hier, meine Herren, mit dem Blatte, was im Lande als officiell gilt und wofür das Land, das Volk die Kosten bezahlt, und zwar aus dem Grunde, damit das Volk erfahre, wie seine Vertreter sprechen und stimmen. Was der Herr Staatsminister von Friesen gesagt hat, hätte mich in einer Weise sehr erfreuen und beruhigen können, aber ich beklage, daß ich gegen den Herrn Staatsminister etwas anführen muß, worüber er, wie ich erwarte, die Güte haben wird, mir Auskunft zu geben. Nicht nur, daß von Seiten der Regierung ein Mann angestellt ist, der die Berichte über die Kammerverhandlungen in das Beiblatt der Leipziger Zeitung liefert, sondern es hat auch die Staatsregierung, wie ich gehört, ja ich füge hinzu, wie ich mich selbst überzeugt habe, einen zweiten Mann als Controle über diesen Berichtsteller gestellt, der das, was jener in Wahrheit hier gehört und niedergeschrieben hat, nach seiner Weise modulirt und modificirt. Ich frage, warum ist das nöthig, da man weiter keinen andern Zweck haben kann, als den, dem Lande zu sagen, was seine Vertreter hier sprechen und wie sie stimmen? Dies ist zu beklagen, eben weil die Zeitung und das Beiblatt officiell sind. Ich erwarte daher von dem Herrn Staatsminister Auskunft darüber, warum außer dem Berichtsteller noch ein Controleur angestellt ist, und hoffe, daß dieser hinfüro beseitigt wird.

Staatsminister v. Friesen: Ich erlaube mir, dem geehrten Abgeordneten zu erwidern, daß dem Ministerium von einem solchen Auftrage nichts bekannt ist. Ich kann versichern, daß Niemand angestellt ist, um die Berichterstattung in der Leipziger Zeitung über die Kammerverhandlungen in diesem Sinne der Censur zu unterwerfen. Das Ministerium hat keine weitere Absicht bei dieser Berichterstattung, als daß ein kurzer Extract, der möglichst der Wahrheit getreu ist, über die Verhandlungen gegeben werde. Vielleicht hat der Herr Abgeordnete die Güte, mir noch besondere Privatmittheilungen zu machen, und ich werde dann nicht ermangeln, ihm die nöthige Aufklärung zu geben.

Abg. Wigand: Meine Herren, es ist bekannt, daß bei Position 12 über das Gesetz- und Verordnungsblatt nicht nur eine unbedeutende, sondern eine wirkliche Debatte stattgefunden hat, und ich besonders als Sachkundiger meiner Pflicht nachgekommen bin und dargethan habe: daß dieses Gesetz- und Verordnungsblatt billiger herzustellen sei. Der Berichtsteller über diese Verhandlung muß gegenwärtig gewesen sein, mithin gehört haben was gesagt worden ist, und hätte das im Berichte anführen müssen, allein demohngeachtet und obwohl auch die Abgg. Evans und Cramer über diesen Gegenstand gesprochen haben, ist in dem Berichte gesagt, daß keine Debatte stattgefunden habe. Meine Herren, das ist eine Lüge und ich hatte mir vorgenommen, wenn auch nicht heute, aber bei einer andern Gelegenheit dies vorzubringen, aber weil heute einmal der Gegenstand in Anregung gebracht ist, so will ich heute die Art und Weise, wie das Beiblatt zur Leipziger Zeitung seine Berichte erstattet, rügen, und erwarte, daß hinfüro keine Ursache zur Klage vorkommen möge.

Präsident Cuno: Zum Schlusse und um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, erkläre ich, — und so, glaube ich, hat auch meine Aeußerung nur aufgefaßt werden können, — daß ich keinen Angriff gegen die Pressefreiheit habe versuchen wollen. Parteiblätter sprechen nach ihrem Parteistandpunkte. Wer dem öffentlichen Leben angehören und eine ruhige Stunde haben will, muß solche Parteiblätter unbehindert ihren Gang gehen und sich dadurch weder beunruhigen noch beirren lassen. Allein etwas Anderes ist es, wenn unter Staatsautorität gedruckte Mittheilungen erscheinen. Ich fühle mich verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß die Darstellungen in dem Beiblatt zu der Leipziger Zeitung fast durchgehends aus dem Parteistandpunkte gehalten sind, daß alle und jede Aeußerung der Regierungsorgane und alle unbedingte Beistimmungen dazu wortgetreu wiedergegeben sind, dagegen fast alle andern, selbst gemäßigte Auslassungen verstümmelt, entstellt oder gar nicht wiedergegeben werden.

(Lebhafter Bravoruf, der Präsident verlangt Ruhe.)

Wir kommen nun zu unserer

Tagesordnung,

zu dem Berichte des vierten Ausschusses über den Antrag des